

„Er half die Not der Mindener Juden lindern“

Nachkriegsbehörden verweigern Heinrich Take die Anerkennung als Opfer des NS-Regimes / Verfolgung erlitten

Von Hans-Werner Dirks
 und Kristan Kossack

Minden. „Er half die Not der Juden lindern“, sagte Christine Strauss (geb. Meinsen) am 8. Februar 1950 als Zeugin vor dem Mindener Kreisenerkennungsausschuss für Opfer des NS-Regimes über Heinrich Take aus. Obwohl der gebürtige Oberlübber während dieser Zeit Repressalien erlitten hatte, sahen die Nachkriegsbehörden keine Veranlassung, dies anzuerkennen.

Heinrich Take (7. April 1893 – 4. April 1974) war gelernter Zigarrenmacher. Er lebte später in Minden. Take war 1946 zunächst als politisch Verfolgter anerkannt worden, doch 1949 sollte die „Sonderhilfe“ – der Anspruch auf Wiedergutmachung des in der NS-Zeit erlittenen Unrechts – widerrufen werden.

Christel Strauss hatte gegenüber den Ausschussmitgliedern darauf hingewiesen, dass der Nichtjude Take noch im Krieg mehrere Mindener Juden auf dem Friedhof am Erikaweg beerdigen half. Namentlich nannte sie die Beerdigungen für ihren Ehemann Sally Strauss (1940), ihren Schwiegervater Adolf Strauss (1942), Eva Rosenfeld (1942) und Emma Seelig (1942).

Der damalige Mindener Kreishandwerkermeister Hermann Bradtmüller bekräftigte am 6. Mai 1950 den Sachverhalt, indem er zusätzlich hervorhob, dass Heinrich Take sich trotz vieler Anfeindungen nicht gescheut habe, „den durch Freitod sterbenden Juden das Grab zu schaufeln und an ihrem Grabe zu sprechen“.

Der Mindener Historiker Dr. Hans Nordsiek veröffentlichte 1988 aufgefundenen Briefe und Dokumente, die Take während der NS-Zeit gesammelt und aufbewahrt hatte. Darunter befinden sich Korrespondenzen mit seinem 1938 aus Minden



Heinrich Take wurde nach dem Krieg trotz der Repressalien nicht als Verfolgter des NS-Regimes anerkannt.

Foto: Kommunalarchiv Minden

nach Belgien geflohenen jüdischen Freund Walter Simon und von deportierten Angehörigen der Familien Katzenstein und Pincus. Aus dem überlieferten Nachlass geht hervor, dass Take sogar kleine Sach- und Geldgeschenke an geflohene beziehungsweise deportierte Juden versandt hatte. Für Nordsiek ist Takes Verhalten „Zeugnis dafür, dass es damals vereinzelte arische Volksgenossen gab, die Mitmenschlichkeit, Hilfsbereitschaft und Mut aufbrachten, verfolgten und lebensbedrohten Juden zu helfen“.

Take erhielt wegen seines Briefwechsels 1941 folgende amtliche Abmahnung: „Seit Verordnung vom 1. April 1940 ist der mittelbare oder unmittelbare Nachrichtenverkehr

mit dem feindlichen Ausland verboten.“ Der Absender, das Stellvertretende Generalkommando des VI. Armeekorps, sah „noch einmal von einer Strafverfolgung ab“, da „Unkenntnis der Bestimmungen angenommen“ wurde.

Schilderung des Zusammentreffens

Im Take-Nachlass findet sich auch eine Schilderung seines letzten Zusammentreffens mit Dr. Max Meyer, wenige Tage vor dessen Deportation. Der Bruder von Elisabeth Leiser, der Rechtsanwalt Dr. Max Meyer (geb. 1. Juni 1885), war in Münster ausgebombt, als er 1941 mit seiner Familie nach Minden kam. Meyer lebte hier bis zu seiner Deportation im

Juli 1942 nacheinander in den „Judenhäusern“ Heidestraße 14 und Kampstraße 6. Zwei Tage vor seiner Verschleppung traf Max Meyer noch einmal mit Heinrich Take zusammen. Take über diesen Abschied: „Die letzten Worte, welche er (Max Meyer) mir gegenüber äußerte, lauten: ‚Herr Take, was habe ich Unrecht getan, dass wir so leiden müssen. Ich bin Kriegsbeschädigter und habe meine Gesundheit für mein Vaterland geopfert.‘ Meyer habe ihn umarmt und sei in ein tiefes Schluchzen verfallen. Er soll am 29. Januar 1944 in Theresienstadt umgekommen sein.“

Politischen Gegnern der Nazis geholfen

Neben Juden hatte Take nach 1933 auch politischen Gegnern des Naziregimes geholfen. Friedrich Friedebald wies am 8. Januar 1950 ebenfalls vor dem Kreisenerkennungsausschuss darauf hin, dass Take nach der Machtübernahme 1933 den KPD-Abgeordneten Peitz aus Hannover bei sich wochenlang versteckt und mit ihm selbst in einer Widerstandsgruppe zusammengearbeitet habe.

Heinrich Take war als Soldat im Ersten Weltkrieg in ein Nervenlazarett gekommen und befand sich zur Zeit der Weimarer Republik noch mehrfach in Heilanstalten. Die Nazis ließen ihn unter Hinweis auf diese Anstaltsaufenthalte 1936 sterilisieren. Für Take war seine Gegnerschaft zum Regime der tatsächliche Grund, aus dem die NS-Behörden diese Maßnahme veranlasst hatten. Die unter Zwang durchgeführte Verstümmelung stützte sich auf ein Urteil des sogenannten Erbgesundheitsgerichts in Bielefeld.

Take, der schon in Weimar SPD-Mitglied war, trat nach dem Krieg sofort wieder in die SPD ein. Im Frühjahr 1946 wurde er wegen angeblicher „Disziplinlosigkeit“ aus der

Partei ausgeschlossen. Außer einer entsprechenden, von Willi Michel gezeichneten, förmlichen Mitteilung sind keine konkreten Gründe für seinen Ausschluss überliefert. Take trat nach seinem Ausschluss aus der SPD im Herbst 1946 in die KPD ein.

Die ihm 1946 gewährte Anerkennung als politisch Verfolgter des Naziregimes wurde ihm 1949 wieder entzogen. Seine Berufsversuche scheiterten. In einem Beschluss des Kreisenerkennungsausschusses vom 22. September 1952 hieß es: „Es mag dahingestellt bleiben, ob der Antragsteller wegen grundsätzlicher Gegnerschaft einen Kampf gegen Aufkommen, die Machtergreifung oder den Bestand des Nationalsozialismus geführt habe.“ Die Unfruchtbarmachung sei jedenfalls nicht aus politischen Gründen erfolgt.

MT-SERIE

Spuren jüdischen Lebens

- 46. Familie Pincus
- 47. Aronstein
- 48. Heinrich Take
- 49. Familie Seelig
- 49. Eljahn Kazir

nungsausschusses vom 22. September 1952 hieß es: „Es mag dahingestellt bleiben, ob der Antragsteller wegen grundsätzlicher Gegnerschaft einen Kampf gegen Aufkommen, die Machtergreifung oder den Bestand des Nationalsozialismus geführt habe.“ Die Unfruchtbarmachung sei jedenfalls nicht aus politischen Gründen erfolgt.

Diese Behauptung zeigt, dass die Ausschussmitglieder Akten des Nazi-Erbgesundheitsgerichts für glaubwürdiger hielten, als die ihnen vorliegenden Aussagen von Zeugen.

■ Hans-Werner Dirks aus Lavelsho ist Diplom-Sozialwissenschaftler. Er arbeitet seit 1987 zur deutsch-jüdischen Emigration, unter anderem für die jüdische Kultusgemeinde Minden. Kristan Kossack aus Minden beschäftigt sich mit regionaler Zeitgeschichte (19. und 20. Jahrhundert) und hat diverse Veröffentlichungen verfasst (www.zg-minden.de).